

Ghaussy, A. Ghanie

Article — Digitized Version

Ursachen und Probleme inflationistischer Preissteigerungen im Iran

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ghaussy, A. Ghanie (1962) : Ursachen und Probleme inflationistischer Preissteigerungen im Iran, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 6, pp. 263-270

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133222>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ursachen und Probleme inflationistischer Preissteigerungen im Iran

Dr. A. Ghanie/Ghaussy, Hamburg

Eines der Hauptprobleme der iranischen Entwicklungspolitik ist das Problem der inflationistischen Preissteigerungen. Im folgenden sollen nach einem Überblick über die langfristige Entwicklung des Preisniveaus die Ursachen der inflationistischen Preissteigerungen, ihre Folgen und schließlich die Probleme ihrer Bekämpfung untersucht werden.

Die langfristige Entwicklung des Preisniveaus

Betrachten wir die Entwicklung der Indices der Lebenshaltungskosten und der Großhandelspreise des Iran in den letzten 20 Jahren, so stellen wir eine bemerkenswerte Zunahme fest, die weit stärker war als die Entwicklung des Volkseinkommens. Nachdem schon vor dem Beginn des Krieges die Steigerung der Lebenshaltungskosten merklich die Wirtschaftsentwicklung Irans im Sinne einer Verschlechterung des Pro-Kopf-Einkommens belastet hatte, nahm sie in den Kriegsjahren ein beachtliches Ausmaß an.

Entwicklung der Indices der Lebenshaltungskosten und der Großhandelspreise (Basis 1936/37 = 100)

Jahr ¹⁾	Index der Lebenshaltungskosten ²⁾	Index der Großhandelspreise ³⁾
1941/42	243	223
1942/43	476	431
1943/44	1 003	647
1944/45	1 030	667
1945/46	828	640
1946/47	780	597
1947/48	832	669
1948/49	925	721
1949/50	946	624
1950/51	784	590
1951/52	849	631
1952/53	909	671
1953/54	992	857
1954/55	1 151	950
1955/56	1 171	916
1956/57	1 273	987
1957/58	1 329	968
1958/59	1 343	957
1959/60	1 484	996
1960/61 ⁴⁾	1 557	1 064

¹⁾ Das jeweilige Jahr beginnt am 21. März. ²⁾ Unter dem Index der Lebenshaltungskosten sind die Indices der Lebensmittel, Miete, Brennstoffe und Licht sowie Bekleidung zusammengefaßt. Diese Indices werden ermittelt aus den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten der Städte Teheran, Isfahan, Täbriz, Hamedan, Maschad, Raschid und Kermanschah. ³⁾ Nur für Teheran. ⁴⁾ März bis Juni.

Quelle: Bank Melli Iran Bulletin, Teheran, Nr. 222, 1961.

Hatte die Zunahme der Lebenshaltungskosten von 1936 bis März 1941 noch jährlich 19,4% betragen, so war die jährliche Steigerungsrate in der Periode 1936 bis 1945/46 26,5%. Berücksichtigt man nur die Kriegsjahre, so ist die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate sogar noch wesentlich höher. Eine ähnliche Tendenz läßt sich auch für die Steigerungsrate der Großhandelspreise feststellen. Sie betrug für die Zeit von 1936/37 bis 1941/42 jährlich 17,2%. Schließt man auch die Kriegsjahre ein, so ergibt sich eine Steigerungsrate der Großhandelspreise von durchschnittlich jährlich 25,4%.

Die außergewöhnlich starke Preissteigerung in den Kriegsjahren (1941—1945) hängt mit der Besetzung Irans durch die Alliierten zusammen. Mit der Besetzung erhöhte sich nämlich auf der einen Seite der Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen, auf der anderen Seite erhöhte sich aber auch durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten das Geldeinkommen der Bevölkerung. Der gestiegenen Gesamtnachfrage stand aber kein genügendes Warenangebot gegenüber. Das knappe Angebot an Waren löste eine Welle von Spekulationskäufen der Privaten und Unternehmungen aus, die ihrerseits die Preissteigerung nur verstärkten. Als nun die Regierung als Gegenmaßnahme Rationierungen einführte, setzte eine Bodenspekulation und eine Flucht in die Sachwerte ein; für den ohnehin schon knappen Boden setzten Preissteigerungen ungewöhnlichen Ausmaßes ein.

Diese sehr gefährliche Preissteigerung wurde noch verstärkt durch die Vermehrung der Bevölkerung, durch den Flüchtlingsstrom sowie durch Warenlieferungen an die sowjetische und britische Besatzungsarmee. Einen erheblichen Anteil an dieser Entwicklung hatten die Geldforderungen der Alliierten, die Mittel zur Deckung ihrer militärischen Ausgaben benötigten. Da nämlich die Beschaffung dieser Mittel im Wege der Besteuerung nicht möglich erschien, sah sich die Nationalbank veranlaßt, neues Geld auszugeben, um einerseits den Forderungen der Alliierten entsprechen zu können, andererseits aber auch die Defizite des Staates zu decken. ¹⁾

Die ungewöhnliche Preissteigerung während der Jahre des zweiten Weltkrieges muß als ein anomaler Zustand betrachtet werden, der übrigens nicht allein für die Wirtschaft Irans charakteristisch war, sondern für alle Länder des Nahen Ostens. Schließt man in diese Betrachtung die Nachkriegsjahre (bis 1960/61) mit ein, so stellt man folgendes fest:

Die Lebenshaltungskosten haben sich bis 1960 gegenüber 1936/37 (= 100) insgesamt verfünffzehnfacht (tatsächliche jährliche Steigerungsrate von 12,1%), wobei innerhalb des Gesamtindex die Preissteigerung für die Mieten auffallend hoch war. Sie stiegen bis 1960/61 auf das 36fache. Diese Tatsache ist daraus zu erklären, daß einerseits das Bauland wegen der Spekulation als wertbeständige Anlage für städtische Wohnungen knapper wurde, andererseits aber die Landflucht bei wachsender Bevölkerungsvermehrung zunahm. Aber auch die Preissteigerung für Lebensmittel war auffallend hoch, was damit begründet werden kann, daß die landwirtschaftliche Produktion mit dem Bevölkerungswachstum und der steigenden Lebensmittelnachfrage nicht Schritt halten konnte.

¹⁾ Vgl. hierzu A. Adli: „Außenhandel und Außenwirtschaftspolitik Irans“, Berlin 1960, S. 55.

Im Vergleich zum Index der Lebenshaltungskosten ist der Index der Großhandelspreise weniger stark gestiegen. Die jährliche Steigerungsrate betrug von 1936/37 bis 1960/61 ca. 10,3 %. Diese relativ geringere Steigerungsrate der Großhandelspreise erklärt sich aus der unterschiedlichen Zusammensetzung der Warenkörbe. Während z. B. im Gesamtindex der Lebenshaltungskosten lebenswichtige und preispfindliche Waren hauptsächlich der einheimischen Produktion zusammengefaßt sind (Lebensmittel, Mieten, Brennstoffe, Licht und Bekleidung), umfaßt der Gesamtindex für Großhandelspreise vornehmlich die Importgüter, deren Preise relativ stabil blieben. Aus diesem Grunde konnte in dem Gesamtindex der Großhandelspreise der starke Preisanstieg der einheimischen Produktion, z. B. bei Nahrungsmitteln und Baumaterial, vor allem wegen der statistischen Durchschnittsbildung nicht sichtbar werden. Innerhalb des Rohstoffindex ist die Preissteigerung für Baumaterial durch die steigende Bautätigkeit im Zuge der Entwicklungsplanung zu erklären. Die Preise für andere Rohstoffe sind zwar absolut beachtlich gestiegen, relativ jedoch nicht so stark.

Die Ursachen der inflationistischen Preissteigerungen

Man neigt dazu, die Entwicklungsländer als unterbeschäftigt im Keynesianischen Sinne anzusehen. Damit wäre auch eine expansive Geldpolitik für die Stabilität des Preisniveaus ohne große Gefahr. In Indien hat z. B. die Vermehrung der Geldmenge und die Defizitpolitik des Staates tatsächlich zu einer nennenswerten Ausdehnung der Produktion geführt, ohne daß gefährliche Preissteigerungen eingetreten wären. In anderen Entwicklungsländern jedoch, wie auch im Iran, sind die Verhältnisse anders. Zwar existiert im Iran — wie auch in Indien — eine verkappte Arbeitslosigkeit, zwar gibt es hier reiche Rohstoffvorkommen, daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß eine Geldvermehrung zwangsläufig auch zu einer entsprechenden Gütervermehrung führen muß. In einer Engpaßwirtschaft, wie sie die iranische Volkswirtschaft darstellt, führen Investitionen — falls solche überhaupt durch Vergrößerung der Geldmenge induziert werden — zur Ausdehnung der Kapazität lediglich in Teilbereichen. Der Vermehrung der Geldmenge, die mehr oder weniger in der gesamten Volkswirtschaft wirkt, steht also eine Steigerung der Güterproduktion nur in einem Teil der Wirtschaft gegenüber.

Entwicklung des Geldvolumens (in Mrd. Rials)

Jahr	Sicht- depositen	Noten u. Mün- zen im Umlauf	Gesamtgeld- menge
1951/52	7,14	6,27	13,41
1952/53	8,07	7,32	15,39
1953/54	10,69	9,37	20,06
1954/55	11,85	9,77	21,63
1955/56	13,06	10,01	23,07
1956/57	15,87	10,57	26,44
1957/58	19,71	11,67	31,38
1958/59	25,66	13,24	38,91
1959/60	25,61	12,31	37,92
März-Mai 1961	33,43	14,59	48,03

Quelle: Bank Melli Iran Bulletin, Nr. 222, Teheran 1960.

Vergleicht man die Vermehrung der Geldmenge mit der Wachstumsrate des Nettosozialprodukts zu Faktorkosten (Volkseinkommen) 1954 und in den darauffolgenden Jahren (wo sich die Verhältnisse im Iran nach der in diesem Jahr aufgetretenen politischen Krise wieder stabilisiert hatten), so stellt man eine erhebliche Diskrepanz fest. Einer Steigerungsrate der Geldmenge von jährlich etwa 12 % steht eine jährliche Wachstumsrate des Volkseinkommens (in jeweiligen Preisen) um 5 % gegenüber.²⁾ Diese unterschiedliche Entwicklung ist die Folge verschiedener Faktoren, von denen wir die wichtigsten betrachten wollen.

Budgetpolitik und Kreditpolitik

Die defizitäre Budgetpolitik hat zu einer Verschuldung des Staates bei der Bank Melli (Zentralbank) geführt, die sich durchschnittlich auf etwa 20 Mrd. Rials belief. Im Jahre 1959 betrug die Verschuldung sogar über 27 Mrd. Rials. Eine solche Budgetpolitik war zur Durchführung der iranischen Entwicklungspläne (erster und zweiter Siebenjahresplan) sicherlich notwendig. Neuerdings aber ist sich die iranische Regierung der ungeheuer großen inflationistischen Gefahren bewußt geworden und hat Stabilisierungsmaßnahmen (insbesondere Kreditrestriktionen) und die Beseitigung der Defizite vorge schlagen.³⁾

Entwicklung der Haushaltsvoranschläge (in Mrd. Rials)

Jahr	Einnahmen ¹⁾	Ausgaben ¹⁾	Defizit
1947/48	5,5	8,0	2,5
1949/50	7,7	10,6	2,9
1950/51	6,5	10,8	4,3
1951/52	9,9	13,5	4,4
1952/53	11,9	12,4	1,5
1953/54	10,4	10,5	2,1
1954/55	10,1	12,3	2,3
1955/56	12,1	14,8	2,7
1956/57	15,8	19,7	3,9
1957/58	20,9	20,9	—
1958/59	57,9	59,1	1,4
1959/60	63,4	64,5	0,1
1960/61	82,2	83,1	0,9
1961/62	91,0		

¹⁾ Einschließlich der staatlichen Industrien und Bergbauunternehmungen.

Quelle: Bank Melli Iran Bulletin, Teheran 1949/50 u. folgende.

Die expansive Budgetpolitik wurde unterstützt durch eine Politik des billigen Geldes, also durch die Gewährung billiger Kredite an private Investoren. Im Gegensatz zu den Krediten der privaten Kapitalleiher, die einen Bazarzins von 20—35 % forder-

²⁾ Nach Angaben von Elm betrug die Wachstumsrate des Volkseinkommens von 1949 bis 1954 4 % und von 1955 bis 1959 5 %. Zieht man hiervon die Wachstumsrate der Bevölkerung von 2,5 % ab, so erhält man eine Wachstumsrate des Volkseinkommens von lediglich 2 bis 2,5 % („Die wirtschaftliche Entwicklung Irans von 1949 bis 1959“, in: Der Volkswirt, Sonderausgabe: Deutsche Wirtschaftsbeziehung zum Iran, S. 23). In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß es im Iran keine genauen Angaben über die Indices der Wertschöpfung gibt. Die Zahlen über die Entstehung und Entwicklung des Volkseinkommens werden geschätzt. Die Angaben über das Volkseinkommen im Iran sind daher sehr ungenau; bestimmte Leistungen, ja sogar bestimmte Bereiche sind statistisch nicht erfaßt. Ebenso gibt es keine genauen Angaben über Vorleistungen, Abschreibungen, z. T. noch nicht einmal über indirekte Steuern.

³⁾ Das Ziel eines Budgetausgleichs wurde aber immer wieder wegen der politisch notwendig gewordenen Erhöhung der Ausgaben erschwert.

ten⁴⁾, gewährte die Bank Melli den Privatinvestoren für die Durchführung ihrer Industrieprojekte Kredite zu 4—6 % Zinsen. ⁵⁾ Diese Bankpolitik löste eine Investitionstätigkeit des privaten Sektors aus; im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren wuchs das Volumen der privaten Investitionen um das Doppelte. Während vom Kriegsende bis 1957 das gesamte Investitionsvolumen jährlich durchschnittlich kaum 50 Mill. \$ betragen hatte, beliefen sich die Investitionen ab 1957 auf mehr als 110 Mill. \$ im Jahr.

Daneben hatte die Regierung durch andere fiskalische Maßnahmen und Zollerleichterungen die private Investitionstätigkeit stark angeregt. Allerdings konnte dadurch die Warenproduktion nicht in dem Maße erhöht werden, in dem die monetäre Nachfrage kurzfristig gestiegen war. Die Folgen waren Preissteigerungen und eine Zunahme der Importe.

Aufwendungen für Entwicklungsvorhaben

Ein weiterer Grund für die Preissteigerungen im Iran sind die steigenden Ausgaben der Planungsorganisation, durch die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes forciert werden sollte. Der Iran hatte erstmals im Jahre 1949 einen Siebenjahresplan ausgearbeitet, der Ausgaben in Höhe von etwa 656 Mill. \$ vorsah. Dieser Plan konnte jedoch wegen der politischen Krise während der folgenden Jahre nicht realisiert werden, da die Erdöleinnahmen, die etwa 40 % der Planausgaben decken sollten, ausfielen. Ferner wurde die in dem Plan eingesetzte Anleihe der Weltbank (etwa 32 % der Planausgaben) nicht gewährt, so daß praktisch der gesamte erste Siebenjahresplan ein Fehlschlag war. Erst mit der Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach 1954 konnte der Siebenjahresplan endgültig fixiert werden.

Der zweite Plan gilt für die Jahre 1956 bis 1962. Die vorgesehenen Gesamtausgaben der Planungsorganisation sollten dabei 1,12 Mrd. \$ betragen, die wie folgt aufgeteilt wurden⁶⁾:

Landwirtschaft	26,0 %
Verkehr und Nachrichten	32,6 %
Industrie und Bergbau	15,1 %
Soziale Einrichtungen	26,3 %

Die Finanzierung dieses Planes sollte zu 80 % aus den iranischen Öleinnahmen gedeckt werden. Später wurde festgestellt, daß infolge höherer Kosten die Summe von 1,12 Mrd. \$ nicht ausreichte, um die Planziele zu realisieren, so daß die Plansumme auf 1,47 Mrd. \$ erhöht werden mußte. Da der Staat aber durch zuneh-

mende Defizitfinanzierung in den laufenden Planjahren einen zunehmenden Anteil der Erdöleinnahmen beanspruchte und der Planungsorganisation nur 50 % der Erlöse statt wie vorgesehen 80 % überließ, mußten die Planausgaben wiederum auf 1,16 Mrd. \$ reduziert werden. Die Planungsorganisation mußte daher zur Deckung des restlichen Devisenbedarfs Anleihen der Weltbank und des IDF (International Development Fund) in Anspruch nehmen. Für die Rialausgaben mußte die Bank Melli Iran beansprucht werden, wodurch — zusammen mit der Defizitfinanzierung des Staates — die Geldschöpfung verstärkt wurde.

Wie die Aufteilung der Planausgaben zeigt, wurde das Schwergewicht der Planung auf die Entwicklung des Verkehrssektors und der Landwirtschaft (insbesondere handelt es sich hier um Irrigationsprojekte) gelegt. Mit der Errichtung von Staudämmen sollte einmal das brachliegende Land bewässert werden, zum anderen sollte die für die Industrialisierung notwendige elektrische Energie produziert werden können.

Gerade diese Art von Investitionen kann aber auf kurze Sicht nicht nennenswert zu einer Steigerung der Produktion führen, da die Vollendung eines Stauwerkes und eines Kraftwerkes (bzw. die Fertigstellung von Straßen) längere Zeit beansprucht, zumal wenn die Materialien aus Westeuropa und den USA eingeführt werden müssen. Kurzfristig kommt es deshalb zur Engpaßsituation, die mit einer anomalen Preissteigerung verbunden ist. Langfristig kann jedoch die positive Wirkung solcher Investitionen für die Einkommensbildung nicht hoch genug eingeschätzt werden, denn erst hierdurch wird eine spätere Ausweitung der Produktion auf breiter Basis möglich.⁷⁾ Aus diesem Grunde wird auch in dem neuen Fünfjahresplan, der ab 1962 anlaufen soll, diesen Sektoren die Vorrangstellung eingeräumt.

Das Ziel der iranischen Regierung bei der Ausarbeitung des neuen Planes ist eine Steigerung des Volkseinkommens um 8 % jährlich.⁸⁾ Es kann jedoch vermutet werden, daß eine Steigerung von höchstens 6 % möglich sein wird. Bei einer Wachstumsrate von 8 % würde das Einkommen, das 2,65 Mrd. \$ (1960) beträgt, am Ende der Planperiode auf etwa 4,15 Mrd. anwachsen, bei einer Wachstumsrate von 6 % auf etwa 3,75 Mrd. \$. Nimmt man für diese Periode einen konstanten Kapitalkoeffizienten von 3 : 1 an, dann müßten die Investitionen bei einer angenommenen Wachstumsrate von 8 % 24 % des Volkseinkommens und bei einer Wachstumsrate von 6 % 18 % des Volkseinkommens betragen. Diese Investitionsraten sind allerdings aus einheimischen Mitteln nicht bereitzustellen. Das Wachstumsziel von jährlich 8 % dürfte trotz ausländischer Beteiligung daher sehr fraglich sein. Aber auch die Realisierung eines Wachstums von 6 % muß infolge der gegenwärtigen Restriktions- und Stabilisierungspolitik des Staates⁹⁾ als zweifelhaft erscheinen,

⁴⁾ In den meisten Fällen waren dies Konsumtivkredite, die die Produktion nicht nennenswert erweitern konnten. Sie dienten vielmehr der Profitsteigerung der privaten Kapitalgeber. Eine solche Erscheinung, die übrigens für viele Entwicklungsländer typisch ist, wird von Schiller mit Recht als „Basarkapitalismus“ bezeichnet (vgl. K. Schiller: „Zur Wachstumsproblematik der Entwicklungsländer“, Kiel 1960, S. 19).

⁵⁾ Für die Gewährung solcher Kredite standen neben den durch staatliche Banken gebilligten Mitteln zusätzlich etwa 7 Mrd. Rials, die durch die Währungsabwertung im Jahre 1957 freigesetzt worden waren, für Privatinvestitionen zur Verfügung. Von der Hälfte der für die industrielle Entwicklung zur Verfügung stehenden Kredite erhielten die Textilindustrie 32 %, die Zuckerindustrie 25 %, die Chemikalien- und Arzneimittelindustrie 12,5 % und die Bauindustrie 7 % (vgl. Elm : a. a. O., S. 20).

⁶⁾ Vgl. „The Plan Organization of Iran“, Teheran 1958, S. 8.

⁷⁾ Vgl. hierzu A. G. Ghaussy: „Die Rolle des Energiesektors in der Entwicklungspolitik“, Opladen 1961.

⁸⁾ Vgl. „Die Opfer des Stabilisierungsplanes“ (persisch), in: Teheran Economist, Jg. 8, Nr. 389, 1960, S. 3.

⁹⁾ Vgl. Teheran Economist, Jg. 9, Nr. 393, S. 5.

denn die drastische Kürzung der Ausgaben und die Erschwerung der privaten Investitionen lassen darauf schließen, daß es nicht leicht sein wird, die Investitionsraten von 15—18% des Volkseinkommens der vergangenen Jahre beizubehalten.

Aber selbst wenn diese nominellen Wachstumsraten erzielt werden, wird diese Steigerung fruchtlos bleiben, wenn die Preissteigerung von 10—12% im Jahr, wie es in den letzten Jahren der Fall war, auch weiter anhält. Aus diesem Grunde hat sich auch die neue persische Regierung das Ziel gesetzt, mit allen möglichen Mitteln die Preissteigerungen zu dämpfen.

Nomineller Charakter der Öleinnahmen und Auslandsanleihen

Ein weiterer wichtiger Faktor der inflationistischen Preissteigerungen des Iran ist die Zunahme und vor allem die Art der Verwendung der Öleinnahmen. „Es liegt in der Natur der Öleinnahmen, daß sie nicht mit einem sich erhöhenden Warenangebot verbunden sind. Das Öl wird im wesentlichen exportiert, und die Einnahmen haben mehr den Charakter von Renten.“¹⁰⁾ Auch die relativ höheren Löhne in der Erdölindustrie bewirken bei der relativ geringen Sparneigung lediglich einen starken nominellen Einkommenseffekt, dem keine entsprechende Ausdehnung der Inlandsproduktion gegenübersteht. Zwar könnte durch Importe ausländischer Güter die steigende Nachfrage teilweise befriedigt werden. Importiert werden jedoch hauptsächlich solche Konsumgüter, die den Bedürfnissen einer bestimmten Schicht entsprechen und nur selten einen allgemeinen Preissenkungseffekt haben.

Ölförderung und Öleinnahmen

Jahr	Förderung ¹⁾ (in Mill. t)	Erdöleinnahmen (in Mill. \$)
1956	24,3	54,8
1957	35,3	76,0
1958	40,4	97,2 ²⁾
1959	45,3	93,7
1960	52,0	110,0

¹⁾ Ohne das Feld Nafti Schah mit einer durchschnittlichen Monatsförderung von 20 000 t. ²⁾ Einschließlich einer Pachtprämie der Pan American (Standard of Indiana) von 25 Mill. \$.

Quelle: Petroleum Press Service, Januar 1961.

Im Iran ist bisher zwar der Hauptteil der Einnahmen zur Finanzierung des Siebenjahresplanes verwendet worden¹¹⁾, wodurch die Entwicklung der Basissektoren, der Ausbau der Infrastruktur und das Wachstum einiger Konsumgüterindustrien (vor allem Zucker- und Textilindustrie) und der Landwirtschaft ermöglicht wurde. Ein wesentlicher Prozentsatz dieser Einnahmen wurde aber für die Deckung des Budgetdefizits¹²⁾ (vor-

nehmlich für die Verteidigung, Erziehung und Besoldung der Staatsbeamten) verwendet, was im wesentlichen einen nur preissteigernden Effekt hatte.

Trotz der reichen Ölquellen und der zunehmenden Öleinnahmen war der Iran nicht in der Lage, seine wirtschaftliche Entwicklung aus eigener Kraft intensiver voranzutreiben. Die steigenden Ausgaben der Planungsorganisation und das Budgetdefizit des Staates mußten zum Teil durch Anleihen im Ausland gedeckt werden. Diese Anleihen, insbesondere die an das Finanzministerium und an das Verteidigungsministerium, dienten indes lediglich zur Deckung notwendig erscheinender Ausgaben, die keineswegs zu vermehrter Güterproduktion im Inland führten.¹³⁾

Die offiziellen iranischen Auslandsanleihen

(Stand: Oktober 1960)

Kreditgeber	Mill. US-\$
Export-Import-Bank	90,84
M.S.P.	23,00
Weltbank	147,00
Weltwährungsfonds	50,95
International Development Fund	72,50
Anglo-Iranian Compensation	70,00
Großbritannien	102,60
Frankreich	27,14
Bundesrepublik Deutschland	63,90
Insgesamt	647,93

Quelle: Iran Press, Teheran, v. 10. 10. 1960.

Die ausländischen Anleihen, die von Teheran offiziell bekanntgegeben worden sind, beliefen sich Ende 1960 auf insgesamt 647,93 Mill. \$. Außer diesen Anleihen haben aber die USA im Rahmen der militärischen Hilfe des US-Verteidigungsministeriums der iranischen Regierung bis Ende 1960 etwa 434 Mill. \$ gewährt. Die wirtschaftlichen und technischen Hilfeleistungen im Rahmen des ICA-Programms, die größtenteils Schenkungscharakter haben, überschreiten 300 Mill. \$. Insgesamt haben die USA dem Iran Anleihen und Schenkungen in Höhe von über 1 Mrd. \$ gewährt.¹⁴⁾ Hinzu kommen noch die Entwicklungshilfen der Bundesrepublik¹⁵⁾, Englands, Frankreichs und die Beteiligungen Japans, die allerdings nur einen Bruchteil der amerikanischen Hilfen und Anleihen ausmachen.¹⁶⁾

Es kann also festgestellt werden, daß die zunehmende Defizitpolitik des Staates, eine relativ unwirtschaftliche Verwendung der steigenden Öleinnahmen sowie die wachsenden — zumeist für Verteidigungszwecke

¹³⁾ Es sei zu beachten, daß im Iran der Verbrauch der Armee und Staatsbeamten etwa 70 % des Volkseinkommens ausmacht.

¹⁴⁾ Vgl. „Amerikanische Hilfe an Iran“, in: Ettelaat, v. 22. Nov. 1960 (persisch).

¹⁵⁾ Im Sommer des Jahres 1961 versprach die Bundesrepublik dem Iran Entwicklungshilfe in Höhe von 200 Mill. DM.

¹⁶⁾ Es sei bemerkt, daß nicht alle Anleihen des Auslandes als Ursache der inflationistischen Preissteigerungen Irans anzusehen sind. Die vom Planungsministerium aufgenommenen Anleihen sind z. B. durchaus als produktionssteigernd anzusehen, obwohl die Produktionssteigerung mit einem wesentlichen zeitlichen Intervall verbunden war. Kritischer sind allerdings die Anleihen vom Finanz- und Verteidigungsministerium zu beurteilen, da sie die laufenden Ausgaben des Staates erhöhten, womit vornehmlich Rüstungskäufe getätigt wurden. Von der in der Tabelle angegebenen Summe wurden bis Oktober 1960 etwa 231,83 Mill. \$ für die Rüstung und Defizitdeckung verwendet (vgl. Iran Press, Teheran, v. 10. 10. 1960).

¹⁰⁾ A. Michaelis: „Wirtschaftliche Entwicklungsprobleme des Mittleren Ostens“, Kieler Studien, Kiel 1960, Bd. 52, S. 161.

¹¹⁾ Nach den Bestimmungen vom März 1956 sollten 80 % der Öleinnahmen für die Ausgaben der Planungsausgaben und 20 % dem Finanzministerium und der NIOC zur Verfügung gestellt werden. Das steigende Haushaltsdefizit und die geringe Möglichkeit, die Staatsausgaben aus anderen Quellen zu decken, veranlaßten die Regierung, die erwähnte Bestimmung mehrmals zu ändern, so daß ab März 1958 nunmehr 60 % der Öleinnahmen der Planungsorganisation, 25 % dem Finanzministerium und 15 % der NIOC (National Iranian Oil Company) zufließen (vgl. „Weitere Fortschritte in Persien“, in: Petroleum Press Service, Mai 1958, S. 171).

¹²⁾ Von den gesamten Öleinnahmen wurden im Jahre 1958 etwa 37 %, 1959 ca. 41,4 % und 1960 37 % für die Deckung des Haushaltsdefizits verwendet.

und zur Deckung des Haushalts verwendeten — Kredite des Auslandes als primäre Faktoren für die inflationistischen Preissteigerungen im Iran verantwortlich sind. Die Entwicklungsplanung hat die Preissteigerungstendenz verstärkt, obwohl hierbei teilweise durchaus ökonomisch zu rechtfertigende Investitionen im Vordergrund standen. Dadurch wurde zwar das Geldeinkommen erhöht. Infolge der geringen Elastizität des Angebots und der ausbleibenden Sekundärprozesse jedoch blieb die Ingangsetzung einer kumulativen Produktionssteigerung aus, so daß im Endeffekt zu viel Geld der zu geringen Warenproduktion gegenüberstand. Als die Preissteigerung verstärkende Faktoren kamen hinzu: eine zunehmende Spekulation der Händler, eine unzureichende Besteuerung des Wertzuwachses des im wesentlichen unproduktiven Großgrundbesitzes sowie die Höhe der Zoll- und Handelsabgaben auf importierte Güter. Während hohe Zölle normalerweise die Nachfrage vermindern, war dies im Iran nicht der Fall: Infolge der starren Nachfrageelastizität erhöhten sich durch die Zollpolitik lediglich die Preise.

Die volkswirtschaftlichen Folgen der inflationistischen Preissteigerungen

Betrachten wir nun die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Preissteigerungen im Iran, so kann folgendes festgestellt werden:

Die Annahme, daß durch eine Preissteigerung in einem Entwicklungsland wie Iran eine überproportionale Steigerung der Produktion und Beschäftigung erreicht wird, ist meist irreführend, da hier die Preissteigerungen in der Regel keine entsprechende Komplementäreffekte auf dem Investitionssektor induzieren können. Aus diesem Grunde sind die Möglichkeiten einer realen Einkommenserhöhung durch eine Initialzündung wie die Geldvermehrung sehr gering, da hier die Produktionsfaktoren nicht schnell genug mobilisiert werden können. Die therapeutische Maßnahme der externen Injektion, d. h. die Kreditschöpfung, kann die Lage selten positiv ändern. Bei der im Iran üblichen Verhaltensweise der Masse der Bevölkerung, deren Einkommen meist nur das Existenzminimum deckt, verstärkt eine Ausweitung der Verbrauchsausgaben — unter Berücksichtigung der begrenzten Möglichkeit, diese Neunachfrage zu befriedigen — lediglich die Preissteigerung, worauf in der nächsten Periode der Zuwachs an Kaufkraft wieder völlig verschwindet. Dieser Prozeß setzt sich auch bei Neuinvestitionen fort, so daß im Endeffekt keine entsprechende Ausdehnung der Güterproduktion möglich wird.

Im Iran wurde bis Mitte des vorigen Jahres mit allen Mitteln versucht, durch Steigerung der Staatsausgaben, durch eine forcierte Entwicklungsplanung und durch die Anregung der privaten Investitionstätigkeit im industriellen Sektor, das Wirtschaftswachstum zu fördern. Wie wir gesehen haben, hatte das zu Preissteigerungen von durchschnittlich 12 % im Jahr geführt. Nun hat sich die Regierung für die entgegengesetzte Politik, eine Stabilisierungspolitik, entschieden: Die Preis-

steigerungen sollen vermieden werden, auch wenn dadurch das zunächst geplante „schnelle“ Wachstum der Gesamtwirtschaft geopfert werden mußte.¹⁷⁾ Es kann bisher aber nicht davon gesprochen werden, daß die iranische Stabilisierungspolitik wesentlich zur Dämpfung der Preissteigerung beigetragen hat. Auch im letzten Jahr ist das Preisniveau gestiegen; hauptsächlich haben die erwähnten Stabilisierungsbestrebungen die Spekulationskäufe verstärkt; bei geringerer Steigerung der inländischen Produktion und Erschwerungen der Einfuhr kam es zur Warenverknappung. Außerdem wurden bestimmte Branchen, die von der Restriktionspolitik stärker betroffen worden sind, in besonderem Maße geschädigt.

Auswirkungen auf Außenhandel und Zahlungsbilanz

Eine Folge der starken inflationistischen Preissteigerungen im Iran ist auch die Verschlechterung der Zahlungsbilanz. Es ist einleuchtend, daß bei einer starken Verteuerung der Waren im Inland die ausländischen Angebote attraktiver erscheinen, zumal im Falle Irans die Qualität der im Ausland hergestellten Güter in vielen Fällen die der iranischen übertrifft. Die starken Preissteigerungen haben die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Anbieter sowohl auf dem Auslandsmarkt wie auch auf dem Inlandsmarkt beeinträchtigt, obwohl die Löhne im Iran im Vergleich zu den ausländischen Konkurrenten minimal sind. Als wichtigster Faktor, der die Verteuerung der Produkte im Iran bewirkt, muß die geringe Produktivität angesehen werden. Nicht geringe Bedeutung muß aber auch dem hohen Kapitalzins beigemessen werden. Dieser letztere spielt eine besondere Rolle: Er ist sowohl verursacher als auch verursachender Faktor der Inflation. Die inländischen privaten Kapitalgeber müssen, um überhaupt eine Rendite zu erzielen, Zinsforderungen in Höhe von etwa 20—25 % verlangen, da — wie wir gesehen haben — Preissteigerungen von über 15 % zu kompensieren sind. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die privaten Importeure trotz Zoll- und Gewinnabgaben einige Produkte billiger auf dem Markte anbieten können als die iranischen Produzenten.

Entwicklung des iranischen Außenhandels (in Mill. Rials)

Jahr	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ²⁾	Saldo
1949/50	1 785	9 320	— 7 535
1950/51	3 563	7 109	— 3 446
1951/52	4 391	7 405	— 3 014
1952/53	5 832	5 206	+ 626
1953/54	8 426	5 578	+ 2 768
1954/55	10 288	8 034	+ 2 254
1955/56	8 034	11 154	— 3 120
1956/57	7 931	29 204	— 21 273
1957/58	8 353	32 609	— 24 256
1958/59	7 941	46 351	— 38 410
1959/60	7 723	36 877 ³⁾	— 29 154 ³⁾

¹⁾ Ohne Ausfuhr von Öl und Ölprodukten. ²⁾ Einschließlich zollfreier Einfuhren. ³⁾ Ausschließlich zollfreier Einfuhren.

Betrachtet man die Zahlungsbilanz des Landes, so stellt man fest, daß sie bis auf die Jahre 1952/53 bis 1954/55 passiv war. Die anomale Situation eines akti-

¹⁷⁾ Vgl. N. Motamedi: „Der wirtschaftliche Stabilisierungsplan“ (persisch), in: Teheran Economist, vom 11. März 1961, S. 7. Infolge des politischen Druckes sah sich aber Ministerpräsident Amini gezwungen, entgegen diesem Plan noch einmal ein Defizit im Haushaltsvoranschlag hinzunehmen.

ven Saldos in den Jahren 1952/53 bis 1954/55 ist allein mit der politischen Krise im Iran, die in Zusammenhang mit der Verstaatlichung der Erdölwirtschaft stand, zu erklären. Ab 1955/56 jedoch, nachdem sich im Iran einerseits die Verhältnisse stabilisiert hatten, andererseits aber der zweite Siebenjahresplan in Angriff genommen werden sollte, stiegen die Einfuhren um ein Mehrfaches der Ausfuhren, so daß bis zum Beginn der Stabilisierungspolitik Ende 1960 die Devisenreserven des Landes fast völlig ausgeschöpft wurden. Für die Zukunft kann trotz neuer Einfuhrregelungen angesichts des bevorstehenden neuen Entwicklungsplanes (Fünfjahresplan) keine besondere Entlastung der Zahlungsbilanz erwartet werden.¹⁸⁾

Die Gefahr einer defizitären Außenhandelsbilanz liegt für den Iran vor allem in einer Verstärkung der schon chronischen Unterbeschäftigung. Da das Erreichen des Zahlungsbilanzgleichgewichtes aber für die nächste Zeit unwahrscheinlich ist, wird die Unterbeschäftigung im Iran andauern. Möglicherweise wird sie durch die Ausschöpfung der Devisenreserven und den damit verbundenen Rückgang der Investitionsgüterbeschaffung, die zur Ankurbelung der Beschäftigung hätte dienen können, noch verstärkt werden.

Auswirkungen auf den Kapitalmarkt

Die inflationistische Preissteigerung kann die inländische Kapitalbildung beeinträchtigen, und zwar insofern, als dadurch der Anreiz zum Sparen vermindert wird. Die Spareinlagen werden zurückgehen, da der Sparzins die Geldentwertung nicht ausgleichen kann; der Ausweg ist, daß nun eine Spekulation in wertbeständigeren Gegenständen und Grundstücken, d. h. „eine Flucht in die Sachwerte“, verstärkt einsetzt, weil man hier einmal eine Werterhöhung der Sachgegenstände und zum anderen eine sichere Rendite erwartet. Tatsächlich hat im Iran die Bodenspekulation ein ungewöhnliches Ausmaß erreicht. Die meisten Kaufleute und Kapitalbesitzer haben ihre Kapitalien aus den Betrieben herausgezogen, um sie spekulativ zu verwenden. Die Preise für das brachliegende Land wurden deshalb in einem ungewöhnlichen Maße erhöht.¹⁹⁾ Dies konnte lediglich die Besitzmacht der Oberschicht verstärken. Damit hatten die Preissteigerungen eine Umlenkung der potentiellen Spargelder auf unproduktive Gebiete bewirkt, die nicht nur die notwendige (produktive) Investitionstätigkeit beeinträchtigt, sondern die Preisanstiegstendenz nur noch weiter verstärkt hat.

Die inflationistische Preissteigerung im Iran hat in besonderem Maße soziale Härten zur Folge, und zwar deswegen, weil die Entwicklung der kontraktbestimmten Einkommen hinter der Entwicklung der Preise herhinkt. Wenn man den Tatbestand be-

rücksichtigt, daß die meisten iranischen Lohnempfänger Beamte sind oder eine sonstige feste Besoldung haben, daß diese Gruppen ferner durch die starke Konkurrenz der Arbeitskräfte nicht in der Lage sind, ihr Einkommen durch lohnpolitische Kampfmittel zu erhöhen, dann werden die sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung sehr deutlich erkennbar.

Ein weiterer Faktor, der die wirtschaftliche Entwicklung des kapitalarmen Iran beeinträchtigt, ist die steigende Kapitalflucht ins Ausland. Die Anlage des Vermögens in Devisen (außerhalb des Landes) bietet dem iranischen Kapitalbesitzer zwei Vorteile: Erstens die Umgehung der jährlichen Geldentwertung von 12 bis 15 % — sofern man nicht in der Lage ist, hierfür im Basar 20 bis 25 % Zinsen und mehr zu erhalten. Zweitens die Erhöhung des Geldwertes auf indirektem Wege, nämlich durch die Kurssteigerung der ausländischen Währungen auf dem freien Markte. Die Knappheit der Devisen und Valuten auf der einen und die steigende Nachfrage nach Devisen auf der anderen Seite verführen die Kapitalbesitzer immer wieder zu Devisenspekulationen, so daß Devisenanlage zu einem nahezu idealen Geschäft geworden ist, das den Anlegern die Vorteile der schnelleren Liquidität und der Sicherheit bietet.

Maßnahmen und Probleme der Inflationsbekämpfung

Sicherlich kann man auch im Iran die inflationistischen Preissteigerungen bekämpfen oder zumindest verhindern, daß die inflationistische Preisbewegung nicht zur galoppierenden Inflation ausartet. Man muß sich aber darüber klar sein, daß die Inflationsbekämpfung auch den Wachstumsprozeß behindern kann.

... durch Notenbankpolitik

Die Wirksamkeit der klassischen Maßnahmen der Notenbank ist in einem Entwicklungsland wie dem Iran sehr begrenzt, weil zweifelhaft ist, ob sich die Geldmenge auf diesem herkömmlichen Wege in dem erwünschten Maße regulieren läßt. Die steigenden Kreditwünsche bestimmter Wirtschaftszweige, die selbst durch steigende Diskontsätze nicht vermindert werden, lassen vermuten, daß die Elastizität der Nachfrage nach Krediten relativ starr ist, so daß eine Heraufsetzung der Diskontsätze nur zu einer Verteuerung des allgemeinen Zinsniveaus und des Geldwertes der produzierten Güter führt. Eine Preiserhöhung kann, wie die Erfahrung im Iran zeigt, fast stets auf die Verbraucher abgewälzt werden. Eine nennenswerte Heraufsetzung des Zinssatzes, die in der Lage wäre, die Geldmenge einzuschränken, würde aber unvermeidlich das Produktionsgefüge des modernen Sektors der Wirtschaft, der hauptsächlich auf die Fremdfinanzierung angewiesen ist und dessen Kreditbedarf alle anderen Wirtschaftsbereiche weit übertrifft, zerstören.

Das Grunddilemma, in dem sich die Entwicklungsländer, insbesondere aber der Iran, befinden, ist auf der einen Seite die Forderung nach niedrigem Zinsfuß, damit Investitionen angeregt werden, auf der anderen Seite aber die Notwendigkeit eines höheren Zins-

¹⁸⁾ Die neuen Einfuhrbestimmungen, die im Februar 1961 zum Abbau des negativen Zahlungsbilanzsaldos von der Zentralbank verabschiedet worden sind, gehen im Prinzip zwar von einer liberalen Freihandelspolitik aus, erschweren aber die Zahlungsmöglichkeiten für Einfuhren nach dringlichen, halbdringlichen und nichtdringlichen Gütern (vgl. Teheran Economist, vom 11. März 1961, S. 14).

¹⁹⁾ Vgl. Teheran Economist, vom 3. Dez. 1960, S. 27 f.

fußes, damit — wenn überhaupt wirksam — die inflationistischen Preissteigerungen bekämpft werden können. Man kann schwerlich die eine oder die andere Maßnahme befürworten. Denn weder eine generelle Zinsfußsenkung noch -erhöhung wird das Dilemma beseitigen können. Man muß daher eine Zinssatzdifferenzierung vornehmen, die bestimmte wachstumsfördernde Sektoren zu verstärkter Investition anregt, andere nicht-produktive Sektoren aber bremst. Die Forderung nach einer staatlichen Zinssatzdifferenzierung erscheint daher nicht unangebracht.

Von einer Wirksamkeit der Mindestreserven- und Offenmarktpolitik im Iran kann nicht gesprochen werden. Zunächst existiert ein Geschäftsverkehr zwischen Banken und Publikum nur in geringem Maße, sodann gibt es auch kein geregeltes Wertpapiergeschäft über die Börse oder über sonstige organisierte Wertpapiermärkte. Die üblichen Wertpapiertransaktionen im Basar können aber nicht erfaßt werden.

Es bleiben also lediglich die Mittel der administrativen Kreditpolitik übrig, mit denen man die inflationistische Preisbewegung im Iran relativ wirksam bekämpfen könnte. Es muß allerdings betont werden, daß eine allgemeine kontraktive Kreditpolitik nicht wünschenswert wäre, weil — wie erwähnt — dadurch die wachstumsfördernden Sektoren betroffen würden und folglich die Produktion eingeschränkt werden müßte. Es hat sich im Iran gezeigt, daß infolge der restriktiven Kreditpolitik im Jahre 1960 nicht nur ein Chaos auf dem Geldmarkt verursacht wurde, sondern daß ferner bestimmte industrielle Projekte — die hauptsächlich durch Kredite finanziert wurden und sich vor der Fertigstellung befanden — nunmehr vorübergehend gestoppt oder ganz aufgegeben werden mußten. Eine solche Politik richtet sich stets gegen eine Entwicklungspolitik, in der die Steigerung der Gesamtproduktion das primäre Ziel ist. Für den Iran, wie auch für sämtliche Entwicklungsländer, ist daher die am besten geeignete Maßnahme der Notenbankpolitik eine bewußte selektive Kreditpolitik, eine Kreditpolitik, die das Wachstum gewisser produktiver, für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutender Sektoren nicht einschränkt, jedoch bestimmten Sektoren, z. B. dem Importhandel, der Luxusgüter einführt, Fesseln anlegt. Es wäre für die Gesamtwirtschaft eines Entwicklungslandes eine unverantwortliche Politik, wenn man mit irgendwelchen Maßnahmen die für Produktion und Ausfuhr wichtigen Bereiche trafe.

... durch Außenhandelspolitik

Wir haben gesehen, daß die Außenhandelsituation des Iran die inflationistische Preissteigerung mit entscheidend beeinflusst. Neben den indirekten Maßnahmen der Notenbankpolitik können somit auch Mittel der Außenhandelspolitik eingesetzt werden. Hier sollen drei dieser Mittel diskutiert werden: die flexible Gestaltung der Wechselkurse, die Wechselkursfixierung und die Wechselkursdifferenzierung.

Die Einführung und Anwendung flexibler Wechselkurse im Iran kann nicht befürwortet werden. Sie stört einmal die Entwicklung der Binnenwirtschaft direkt, zum anderen aber führt sie bei inflationistischen Preissteigerungen dazu, daß erstens ein erheblicher Teil des Kapitals aus dem Inland nach dem Ausland fließt und daß zweitens die Preissteigerung im Inland als weitere Folge verstärkt wird. Wenn eine Volkswirtschaft sich in einem dauernden Preissteigerungsprozeß befindet und dadurch das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz fortwährend gestört wird, macht der Grundsatz der Flexibilität der Wechselkurse eine dauernde Änderung der Wechselkurse notwendig. Neben der dauernden Kapitalflucht wäre als weitere Folge die dann fortwährend geringer werdende Investitionsneigung des Inlandes und des Auslandes zu befürchten, die, wenn sie ein starkes Ausmaß annimmt, den weiteren Entwicklungsprozeß noch stärker lähmen würde. Diese Gefahr würde nicht auftreten, wenn man die Wechselkurse festsetzt.

Aber auch feste Wechselkurse sind mit Problemen verbunden. Sie führen bei starken Preissteigerungen im Inland zu einer Verzerrung des internationalen Wechselkursgefüges. Die Außenhandelsituation im Iran verlangt aber, zu solchen Mitteln zu greifen, die eine weitere Steigerung des Imports verhindern. Man soll daher eine Mittellinie zwischen flexiblen und fixierten Wechselkursen finden, durch welche die Gefahren einer Wechselkursfixierung eliminiert werden. Vielfach wird als solches Mittel eine Differenzierung der Wechselkurse vorgeschlagen.

Bei der Differenzierung der Wechselkurse handelt es sich um eine Kombination der fixierten Einheitskurse mit den flexiblen Freikursen. Die fixierten Einheitskurse werden für die Einfuhren lebenswichtiger Güter, d. h. solcher Güter, bei denen die Nachfrage des Inlandes in bezug auf den Preis starr ist, angewandt; dadurch soll vermieden werden, daß der Import eingeschränkt wird, ohne daß eine nennenswerte Preissteigerung verursacht wird. Die flexiblen Wechselkurse dagegen werden für eine Reihe von nicht-lebenswichtigen Gütern angewandt. Das Verhältnis und das Ausmaß der beiden Kurse wird von der wirtschaftspolitischen Zielsetzung bestimmt. Auf jeden Fall kann durch eine solche Differenzierung eine unterschiedliche Gestaltung von wachstumsfördernden und wachstumsindifferenten Sektoren erreicht werden. Als Nebenwirkung, die allerdings für die Verhinderung des inflationistischen Preisprozesses von Bedeutung ist, sei die unmittelbare Beeinflussung von Produktion und Verbrauch erwähnt.

Es kann nicht davon die Rede sein, daß eine Wechselkursdifferenzierung das Allheilmittel ist; über das Außenhandelsgleichgewicht kann keineswegs das Gleichgewicht der Binnenwirtschaft herbeigeführt werden. Wie das Beispiel der meisten Entwicklungsländer zeigt, ist ihre richtige Durchführbarkeit ein schwieriges Problem; vor allem wurde die Wahl verschiedener Kurse meistens ohne gründliche Überlegung und z. T. sehr willkürlich durchgeführt. Ein weiterer Nachteil der Wechselkursdifferenzierung sind ferner die allzu

häufigen Kursänderungen; die Kurse werden in der Regel bei jedem Regierungswechsel neu festgelegt. Darüber hinaus verursacht die Einführung der differenzierten Wechselkurse Diskriminierungen und Härten, sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite. Trotz dieser Mängel bleibt sie vorerst für den Iran, wie auch für viele andere Entwicklungsländer, ein Mittel, die Last der Zahlungsbilanzdefizite zu vermindern und die Gefahren der inflationistischen Tendenzen, die von dieser Seite herrühren, zu beseitigen. Sie kann für den Iran befürwortet werden, und zwar selbst dann, wenn dieses System allmählich auf eine strenge Devisenbewirtschaftung hinauslaufen würde. Diese Möglichkeit ist für den Iran nicht ausgeschlossen, da die schon knappen Mittel (Devisen), selbst bei niedrigem Einheitskurs, nicht ausreichen, um die Nachfrage zu decken.

... durch Fiskalpolitik

Im Gegensatz zur klassischen Notenbankpolitik hat die Fiskalpolitik für die Beeinflussung des Preisniveaus und für die Verhinderung einer inflationistischen Tendenz eine größere Bedeutung. Glaubt man aber, daß die Erhöhung von Steuern, Verringerung der öffentlichen Ausgaben, direkte Einschränkung der Kredite, die Lohnfestsetzung und direkte Maßnahmen der Preiskontrolle unproblematisch und einfach auf die Entwicklungsländer, insbesondere auf den Iran, anwendbar sind, befindet man sich im Irrtum. Eine generelle Steuererhöhung würde sehr wahrscheinlich den Verbrauch der Bevölkerung einschränken und damit möglicherweise preisdämpfend wirken. Aber wird, so muß man fragen, diese generelle Steuererhöhung in einem Land, in dem über 80 % der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums leben, nicht doch nur äußerst geringe Auswirkungen auf die Einnahmen des Staates haben und außerdem den Widerstand der Bevölkerung gegen die Regierung verstärken? Ist es überhaupt wirtschaftlich und sozial gerechtfertigt, den Verbrauch einer Bevölkerung zu vermindern, die infolge eines sehr geringen Einkommens nicht einmal ihre physischen Bedürfnisse decken kann? Ist es ferner gerechtfertigt, bei jährlich 15 %iger Steigerung des Preisniveaus die Löhne, die ohnehin minimal sind und in der Höhe der Preissteigerung jährlich vermindert

werden, starr festzusetzen? Eine generelle Durchführung dieser Maßnahmen wäre weder sozial noch wirtschaftlich zu empfehlen.

Man kann aber den Weg einer progressiven Besteuerung, nach der die höheren Einkommensgruppen wesentlich stärker belastet werden als bisher, beschreiten. Für diese Maßnahme spricht besonders, als damit das immer stärker werdende Auseinanderklaffen der Einkommen verschiedener Schichten reduziert oder beseitigt werden kann. Von besonderer Wichtigkeit ist dieses Mittel insofern, als im Iran eine geringe Minderheit nicht nur über den höchsten Anteil des Gesamteinkommens verfügt, sondern ebenfalls zunehmend die Produktionsmittel, den Grund und Boden und die neuentstehende Privatindustrie in die Hand bekommt. Da aber diese Gruppe eine sehr starke Macht sowohl in der Regierung als auch im Parlament besitzt, ist oft jede wirtschaftspolitische Entscheidung, die ihren Interessen entgegenwirkt, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Statt eine wirksame Bodenreform oder mindestens eine stärkere steuerliche Belastung der Großgrundbesitzer einzuführen, versucht die Regierung lediglich, die Staatsausgaben zu erhöhen, die aber in erster Linie zur Verstärkung der Verteidigungsmacht dienen.

Das Verhalten des Staates und der Bevölkerung sind bedeutsame Determinanten für die Beschleunigung oder Verlangsamung der Preisentwicklung. Von staatlicher Seite wird aber bei jedem — in letzter Zeit häufig gewordenen — Regierungswechsel experimentiert. Einer Politik der Expansion folgt kurz darauf eine radikale Kontraktionspolitik, worauf nach kurzer Zeit wieder zum ersten Extrem zurückgekehrt wird. Die gesamte Wirtschaft des Iran ist durch eine solche labile, ja „launische“ Wirtschaftspolitik in ernste Gefahr geraten. Das Ergebnis einer solch unbeständigen Wirtschaftspolitik ist eine Verschwendung der knappen Mittel. Insbesondere werden hierdurch soziale Ungerechtigkeiten geschaffen, die aber in zunehmendem Maße zu einem Unruheherd werden, der manche Explosionsgefahren birgt. Man kann für die wirtschaftliche Entwicklung des Iran nichts sehnlicher wünschen als eine den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen des Landes angepaßte stabile Wirtschaftspolitik.

Probleme der Immigranteneingliederung in Israel

Dr. L. Berger, Tel Aviv

Wenn man das Auf und Ab der Einwanderung in Israel betrachtet, kann man heute feststellen, daß es Zeiten gab, da die Schwierigkeiten, die die Absorbierung der Einwanderer bereitete, die Wirtschaft des Landes entscheidend bestimmten. Und es gab Zeiten, da die herrschende wirtschaftliche Konstellation für Ausmaß und Art der Absorbierung der Einwanderer entscheidend war. Im ersten Falle erhöhte die Immigration die Abhängigkeit Israels von der Auslandshilfe, während im zweiten Falle Israels wirt-

schaftliche Organisation den Grad der Abhängigkeit der Einwanderer von den öffentlichen Institutionen diktierte.

Wirtschaftliche Abhängigkeit und Einwanderungsquote

Über eine Million Menschen, die bar aller materiellen Mittel waren, kamen im ersten Jahrzehnt seines Bestehens nach Israel. Ihre Absorbierung war passiv, d. h. sie beschränkte sich hauptsächlich darauf, sie zu